

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 18.03.2026)

Titel: **4.3 BEZIRKLICHE GEBÄUDE FÜR DIE ZUKUNFT
FIT MACHEN**

Antragstext

Der Gebäudebestand des Bezirks spielt eine zentrale Rolle für Klimaschutz, soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Tempelhof-Schöneberg verfügt über zahlreiche Schulen, Verwaltungsgebäude und weitere öffentliche Liegenschaften. Deren Entwicklung wollen wir konsequent an den Zielen der Klimaneutralität, der sozialen Gerechtigkeit und der Barrierefreiheit ausrichten.

Bei der Nutzung erneuerbarer Energien muss das Bezirksamt seiner Vorbildfunktion gerecht werden. Ein wichtiger Baustein ist dafür der weitere Ausbau von Photovoltaik auf bezirkseigenen Liegenschaften. Konflikte mit dem Denkmalschutz werden wir konstruktiv lösen, damit der Ausbau von Solarpaneelen und die Bewahrung unserer historischen Bausubstanz im Einklang stehen – denn auch denkmalgeschützte Gebäude sollen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Unsere Bürgerämter, Bibliotheken und Sporthallen müssen fit werden für die Herausforderungen des Klimawandels. Viele Liegenschaften sind allerdings marode und verursachen hohe Energieverbräuche. Der Bezirk wird seine Sanierungsprogramme deshalb fortsetzen und die Vorgaben des bezirklichen Klimaanpassungskonzepts konsequent durchsetzen. Energetische Sanierungen senken nämlich nicht nur dauerhaft Kosten, sondern verbessern auch das Raumklima. Man lernt und arbeitet besser, wenn man nicht friert oder in der Hitze zergeht. Bei Neubauten und Sanierungen werden wir durch Begrünungen, ein intelligentes Regenwassermanagement und Verschattungen den Hitzeschutz voranbringen. Gegenüber dem Senat werden wir darauf drängen, die dafür notwendigen Mittel verlässlich bereitzustellen.

In Tempelhof-Schöneberg sind bebaubare Flächen ein seltenes und wertvolles Gut. Wir setzen uns deshalb für eine zukunftsorientierte Liegenschaftspolitik ein, die öffentliche Flächen langfristig sichert und verantwortungsvoll entwickelt. Das strategische Flächenmanagement, das Bau- und Nutzungspotenziale bislang ungenutzter Flächen ermitteln soll, werden wir stärken.

Nach wie vor ist für uns klar: Öffentliche Gebäude müssen funktional, umweltverträglich und barrierefrei sein. Bei Neu- und Umbauten müssen Rampen, Aufzüge, verständliche Wegeführung, gute Erreichbarkeit und inklusive Nutzbarkeit für alle Menschen von Anfang an mitgedacht werden. Um allen Menschen die Teilhabe am politischen Leben zu ermöglichen, werden uns deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass Rampen, Hörschleifen sowie taktile und visuelle Orientierungssysteme den Zugang zu bezirklichen Einrichtungen erleichtern. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die von uns geforderten mobilen Bürgerämter insbesondere im Süden des Bezirks umzusetzen, um insbesondere älteren oder mobilitätseingeschränkten Menschen den Weg zu Bürgerämtern zu ermöglichen.